



**mouvement
écologique**



MECOSKOP

Mecoskop analysiert Umsetzung der Koalitionsaussagen zur nachhaltigen Entwicklung

Regierungsarbeit im Bereich nachhaltige Entwicklung:

Noch wesentlicher Nachholbedarf für die auslaufende Legislaturperiode!

November 2017

Regierungsarbeit im Bereich nachhaltige Entwicklung: Noch wesentlicher Nachholbedarf für die auslaufende Legislaturperiode!

Knapp ein Jahr vor den Wahlen zieht der Mouvement Ecologique mit seinem Bewertungsinstrument "Mecoskop" Bilanz, inwiefern die Regierung bis dato ihre Versprechen im Koalitionsprogramm im Bereich der nachhaltigen Entwicklung umgesetzt hat.

Dabei hebt der Mouvement Ecologique vor allem auch jene Dossiers hervor, die noch zwingend in der zu Ende gehenden Legislaturperiode realisiert werden sollten. Dies da sie unserer Überzeugung nach einerseits von einer hohen Bedeutung für eine nachhaltige Zukunftsgestaltung sind sowie andererseits für die Glaubwürdigkeit der Regierung stehen.

Zur Erinnerung: Der Mouvement Ecologique hat, wie auch in der vergangenen Legislaturperiode, zentrale Aussagen (insgesamt 114) aus dem Koalitionsabkommen der aktuellen Regierung im Themenbereich „nachhaltige Entwicklung“ aufgegriffen und verfolgt deren Stand der Umsetzung. Dies erfolgt im Rahmen der Internetseite www.mecoskop.lu, progressiv und so objektiv wie möglich. Wobei hervorgehoben sei, dass der Mouvement Ecologique den Stand der Umsetzung nach bestem Wissen und anhand *der ihm verfügbaren Informationen und Daten* darlegt. Es geht dabei um eine grundsätzlichere Analyse, wobei wohl nicht zu vermeiden ist, dass in dem einen oder anderen Bereich vielleicht eine Initiative ergriffen wurde, die dem Mouvement Ecologique nicht bekannt ist und es auch wohl manchmal eine andere Sichtweise geben kann, ob sich ein Projekt erst in der Anfangsphase der Umsetzung befindet oder diese bereits stark fortgeschritten ist. Eine kleine Abänderung an der einen oder anderen Einschätzung dürfte jedoch nichts an der grundsätzlichen Analyse ändern.

Eine Übersicht der Regierungsversprechen in verschiedenen Themenbereichen der nachhaltigen Entwicklung ergibt folgendes Bild:

1. Zahlreiche Maßnahmen wurden bereits angegangen - viele sind noch in der Schwebe!

Wie wichtig die verbleibenden Monate für die Glaubwürdigkeit der Regierung in Sachen nachhaltige Entwicklung sind, zeigen folgende Zahlen auf:

- 13 der zurückbehaltenen Regierungsversprechen wurden bis dato noch nicht angegangen, wobei fast alle Themenbereiche betroffen sind,
- 52 befinden sich in einer ersten Phase der Umsetzung, d.h. gerade hier gilt es mit doppelter Schlagkraft nachzulegen;

- 37 sind weit fortgeschritten und müssten eigentlich mit ausreichendem politischen Willen noch in dieser Legislaturperiode abgeschlossen werden können;
- 12 Maßnahmen sind bereits vollständig umgesetzt.

Ziel der Regierung muss es sein, diese Bilanz bis zum Ende der Legislaturperiode noch zu verbessern und vor allem die erst angegangenen Projekte mit doppelter Schlagkraft fortzuführen. Dies damit am Ende mindestens über 50% der Maßnahmen umgesetzt sein werden, und sich weitere 25% zumindest in einem sehr fortgeschrittenen Stadium der Umsetzung befinden.

Würde dies so erfolgen, könnte sich die Bilanz der umgesetzten Versprechen im Bereich nachhaltige Entwicklung durchaus sehen lassen. Inwiefern, nach Einschätzung des Mouvement Ecologique, über die nackten Zahlen hinaus die Qualität der Umsetzung gegeben ist, wird sich dann am Ende der Legislaturperiode zeigen. Zu diesem Zeitpunkt, bei diesem Stand der Umsetzung der Mehrzahl der Koalitionsaussagen, ist das nur sehr begrenzt möglich.

Dabei gibt es natürlich große Unterschiede innerhalb der verschiedenen politischen Themenbereichen

Anmerkung: Im Folgenden wird in Bezug auf die Umsetzung der Koalitionsversprechen lediglich eine allgemeine Einschätzung (verbunden mit einem Kommentar) gegeben. Die Details finden Sie auf www.mecoskop.lu:

- **Nachhaltige Entwicklung: Wichtige Ansätze, aber bei weitem noch kein Durchbruch!**

Im generellen Bereich „nachhaltige Entwicklung“, der vor allem der Verantwortung des Nachhaltigkeitsministeriums obliegt, befindet sich die große Mehrzahl der versprochenen Projekte (8) erst in der ersten Umsetzungsphase, 2 wurden nicht angegangen, 2 sind stark fortgeschritten, 1 Versprechen ist bereits umgesetzt.

So wird zwar am zweiten Nationalen Aktionsplan für nachhaltige Entwicklung gearbeitet, dabei wird aber nach Ansicht des Mouvement Ecologique nicht im erforderlichen Ausmaß thematisiert, dass Luxemburg bis dato seine Ziele im Bereich nachhaltige Entwicklung weiterhin auf flagrante Art und Weise verfehlt. Der so wichtige Nachhaltigkeitscheck von Regierungsentscheidungen scheint unter dieser Regierung nicht mehr auf der Tagesordnung zu stehen. Immerhin wurde jedoch erneut angekündigt, es würde an den Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung gearbeitet werden. Die Erstellung bzw. Umsetzung von modellhaften Lastenheften im Bereich „nachhaltiges Beschaffungswesen“ der öffentlichen Hand geht leider nur schleppend voran, auch die durchgeführte Steuerreform enthielt kaum Nachhaltigkeitsaspekte. Positiverweise wurden, wie angekündigt, eine erste Berechnung des „indice du bien-être“ / „Luxemburger well being index“ vorgelegt. Derartige Ansätze waren auch unter vorherigen Regierungen immer wieder erkennbar, führten jedoch nicht zu einem konkreten Instrument mit Praxisrelevanz, sondern sind eher auf der Ebene von Absichtserklärungen stecken geblieben... Ob sich dies unter dieser Regierung noch ändern wird, ist derzeit ebenfalls recht fragwürdig.

Insofern fehlt es bis dato an Schlagkraft und Konsequenz in diesem Bereich, was die in Aussicht gestellten Maßnahmen anbelangt. Vor allem ist die nachhaltige Entwicklung nicht im notwendigen Ausmaß als Leitbild der Regierungsarbeit erkennbar.

Der Mouvement Ecologique erwartet u.a. von der Regierung, dass

- der zweite nationale Plan für eine nachhaltige Entwicklung sowohl von der Regierung als Regierungsdokument als auch von der Abgeordnetenkammer verabschiedet wird. Dabei muss dieser konkrete Ziele, Akteure und Instrumente benennen (verbunden mit den Millenniumzielen);
 - ein konkretes Modell zur Umsetzung des Nachhaltigkeitschecks von dieser Regierung erarbeitet wird, das eine optimale Vorbereitung für die nächste Regierung darstellt, damit es zu Beginn der nächsten Legislaturperiode in Kraft treten könnte;
 - Berechnungen und Vorlagen erstellt werden, damit die nächste Regierung eine grundsätzlichere Reform des Steuersystems aus Nachhaltigkeitssicht durchführen kann;
 - modellhafte Lastenhefte in zentralen Bereichen der öffentlichen Beschaffung umgehend vorgelegt werden und auch seitens des Staates und der Gemeinden selbst kurzfristig angewandt werden (können)!
 - eine Debatte über die Ergebnisse des "PIB du bien-être in die Wege geleitet sowie sichergestellt wird, dass das „PIB du bien être“ auch den Stellenwert erhält – z.B. im Rahmen der Debatten zum Bruttonationalprodukt – das ihm zusteht.
- **Keine ministerienübergreifende Aufbruchstimmung in Sachen Bürgernähe und Demokratie: Substantieller Nachholbedarf!**

Besonders problematisch ist nach Ansicht des Mouvement Ecologique die Situation im Bereich „Demokratie“ mit 2 nicht angegangen, 7 in der ersten Phase der Umsetzung befindlichen, 2 weitgehend und 1 umgesetzten Forderung.

Die strukturellen Reformen zur Förderung einer reellen partizipativen Demokratie lassen nach wie vor auf sich warten.

Stichworte sind: guter Zugang zu Informationen, konsequentere Einbindung von Akteuren und BürgerInnen in generelle Projekte und Entscheidungsprozesse seitens der verschiedenen Ministerien, Reform der Gesetzgebung betreffend NGOs und Stiftungen, eine weitergehende „réforme administrative“ im Interesse der BürgerInnen.

Vor allem im Bereich der Demokratie ist die Regierung somit auf struktureller Ebene sehr weit entfernt von den selbst gesteckten Zielen und vor allem auch ihren Versprechen, die die Regierungsparteien anlässlich der letzten Wahlen kundtaten.

Dabei gilt es aber hervorzuheben, dass das Nachhaltigkeitsministerium z.T. aus dieser kritischen Bewertung ausschert, da es weitaus konsequenter als vorherige Regierungen bzw. andere Regierungsmitglieder Informations- und Diskussionsveranstaltungen organisiert (Stichworte sind: dezentrale Veranstaltungen zur Optimierung des öffentlichen Transportes, geplante regionale Labs usw.).

Auch Erziehungsminister Claude Meisch stellte sich den Fragen von Eltern und Lehrern (ob dabei die gewählte Form die richtige ist, sei dahin gestellt).

Grundsätzlich gilt es jedoch zu unterscheiden, inwiefern BürgerInnen in die Prozesse zur Erstellung von Projekten eingebunden werden – und inwiefern die Politik BürgerInnen im nachhinein Rede und Antwort steht.

Leider kann in diesem Zusammenhang die Organisation der Rifkin-Debatte *nicht* als positives Beispiel hervorgehoben werden, da weder im „comité de suivi stratégique“ noch in den Arbeitsgruppen die grundsätzlichen Fragen ehrlich angegangen wurden (dies fand lediglich in den groß aufgezogenen Öffentlichkeitsveranstaltungen statt, jedoch nicht im Konkreten).

Der Mouvement Ecologique ist der Überzeugung, dass die Regierung gerade in diesem für die generelle Ausrichtung der Politikgestaltung so wichtigen Bereich bis dato keine grundlegenden Fortschritte erreicht hat. So wichtig und begrüßenswert einzelne Initiativen sind: es fehlt an einem demokratischen Aufbruch und strukturellen Reformen unter dieser Regierung! Sie wurde bis dato ihrem Anspruch eines „Renouveau“ der Politikgestaltung, des Dialoges mit dem Bürger, der Transparenz und demokratischeren Entscheidungsfindung nicht gerecht.

Grundsätzliche Kurskorrekturen in der alltäglichen politischen Praxis werden wohl in der recht begrenzt verbleibenden Zeitspanne kaum noch möglich sein. Umso wichtiger ist es, konkrete Regierungsversprechen mit Leben zu füllen:

- **Elementar ist die Überarbeitung und darauf folgende Verabschiedung des bis dato sehr mangelhaften Gesetzes betreffend die „administration transparente“ (in Diskussionen als „Gesetzesprojekt zum freien Zugang zu Informationen“ bezeichnet). Luxemburg ist absoluter Nachzügler in der Verabschiedung eines derartigen Gesetzes. Anstatt aus den gemachten Erfahrungen im Ausland zu profitieren, liegt derzeit ein äußerst dürrtiger Entwurf vor. Will die Regierung mit Ihren Versprechen Ernst machen, so führt kein Weg an einer recht fundamentalen Überarbeitung und zügigen Verabschiedung vorbei. Für den Mouvement Ecologique ist dieses Gesetzesprojekt symbolträchtig für die Glaubwürdigkeit dieser Regierung in Sachen Bürgernähe und Demokratie.**
- **Luxemburg verfügt über ein hoffnungslos veraltetes ASBL-Gesetz, das dem Engagement seiner BürgerInnen nicht wirklich förderlich ist. Unter der vorherigen Regierung wurde ein problematisches Reformprojekt erstellt: rezent kündigte der zuständige Minister diese Reform an, genaueres ist aber nicht bekannt, ein Dialog mit der Zivilgesellschaft scheint noch nicht wirklich angegangen... Wer aber eine lebendige Gesellschaft will, wer Engagement unterstützen möchte, muss auch auf das Ehrenamt setzen. Auch hier erwartet der Mouvement Ecologique noch ein deutliches Signal der Regierung, vor allem auch zur Förderung des „congé associatif“.**

- So wichtig auch die „*réforme administrative*“ wohl für wirtschaftliche Akteure u.a. war, bis dato wurden die BürgerInnen vergessen. Es gilt die „*réforme administrative*“ aus der Sicht der BürgerInnen anzugehen: von einer Stärkung der grundsätzlichen Rechte bis hin zu verbesserten Beteiligungsprozessen und Transparenz.
- Zudem gilt es die versprochene Einbindung von BürgerInnen bei kommunalen Projekten mit Leben zu füllen, Zitat des Koalitionsabkommens: „*Dans le contexte de la loi modifiée de 2011 concernant l'aménagement communal (loi sur les PAG) le Gouvernement entend coordonner aussi rapidement que possible l'aménagement national et communal et impliquer activement les citoyens et autorités communales au préalable*“.
- Bildung für Nachhaltige Entwicklung - Erste Schritte ohne klare und kohärente Strategie

Im Bereich Bildung für Nachhaltige Entwicklung sind einige Initiativen von der Regierung genommen worden. Im formalen Bereich ist z.B. eine Öffnung zu mehr Beteiligung in die Sekundarschulreform mit eingeflossen. So ist in den Gesetzestexten eine größere „culture de collaboration“ zwischen den Schulen und der Zivilgesellschaft vorgesehen. Des Weiteren sollen SchülerInnen in Zukunft verstärkt in das Leben und die Entscheidungen der Schule mit eingebunden werden. Im non-formalen Bildungsbereich wurde ein Zentrum für politische Bildung geschaffen und ein interministerielles Komitee zum Thema Bildung für Nachhaltige Entwicklung, an dem auch Akteure der Zivilgesellschaft teilnehmen können, ins Leben gerufen.

Der Mouvement Ecologique stellt allerdings fest, dass im formalen Bildungsbereich trotz einiger Öffnungen zu mehr Beteiligung bei der Sekundarschulreform bis dato kein Bestreben erkennbar ist, politische Bildung bzw. nachhaltige Bildung fächerübergreifend in die Programme der Grund- oder der Sekundarschulen aufzunehmen oder sich konsequent für die Weiterbildung von Multiplikatoren einzusetzen. Auch das Zentrum für politische Bildung ist dabei eine Reihe von lobenswerten Initiativen zu ergreifen, allerdings ist zur Zeit noch keine kohärente Strategie in Bezug auf eine strukturelle Einflussnahme in den verschiedenen Bildungsbereichen erkennbar.

Das interministerielle Komitee zum Thema Nachhaltige Entwicklung ist seinerseits damit beschäftigt sich primär mit vereinzelt Projekten zur Kreislaufwirtschaft auseinanderzusetzen, auch wenn sich lobenswerterweise eine fächerübergreifende Verankerung der Bildung für Nachhaltige Entwicklung in den Schulprogrammen oder das Schaffen eines Labels für nachhaltige Schulen zum Ziel gesetzt wurde.

- Denkmalschutz: Ein Stiefkind der Politik

Der Denkmalschutz ist, was den gesetzlichen Rahmen anbelangt, ein Stiefkind dieser Regierung. Nachdem in den ersten Monaten der Legislaturperiode „accices“ im Denkmalschutzbereich lanciert wurden, die sich recht positiv ankündigten, hört man nun nichts mehr davon...

Es liegt kein reformierter Text zum absolut überalteten Denkmalschutzgesetz vor, Denkmalschutzkriterien bei der Altbausanierung und dem Neubau werden begrenzt respektiert.

Allerdings wurden, ohne dass dies nun explizit im Mecoskop (als Ausdruck des Regierungsprogrammes) angeführt wurde, deutliche Anstrengungen im Rahmen der Erstellung der kommunalen PAGs in Sachen Inventar und Unterschützstellung gemacht, z.T. jedoch mit sehr unterschiedlichen Resultaten.

Der Mouvement Ecologique erwartet, dass diese Regierung zumindest noch einen Reformtext des Denkmalschutzgesetzes vorlegt, der den Anregungen von Akteuren aus dem Denkmalschutzbereich und der Zivilgesellschaft (u.a. auch denjenigen des Mouvement Ecologique) Rechnung trägt.

- Mobilitätsplanung und -infrastruktur: Entscheidende Weichenstellungen!

Ein Themenbereich, in dem diese Regierung so manches aufzuzeigen hat, ist die Mobilitätspolitik. Von den 13 Regierungsversprechen wurde jede Maßnahme angegangen, 1 ist gänzlich umgesetzt, die restlichen befinden sich in der ersten (5) bzw. zweiten Umsetzungsphase (7).

Die angekündigte Stelle zur Förderung der sanften Mobilität wurde im Ministerium gegründet, ebenso wie jene zur Mobilitätsplanung, der Bau der modernen Stadtbahn ist in vollem Gange, der Ausbau der Peripherbahnhöfe beschlossene Sache bzw. in Umsetzung, der Bau des „Arrêt Pafendall-Kirchberg“ erfolgt, mit dem Carsharing geht es voran u.v.a.m. Das Ministerium hat ohne Zweifel entscheidende Weichen im Bereich der Infrastrukturen und der Verbesserung des Modal-Split gesetzt.

Auch weitere Projekte, die nicht im Koalitionsabkommen figurieren, jedoch von zentraler Bedeutung sind, wurden vom Ministerium angegangen, wie z.B. eine neue Umfrage zur Erfassung der Mobilitätsbedürfnisse.

Insofern kann der Transportminister durchaus eine gute Bilanz aufzeigen, umso mehr da damit zu rechnen ist, dass die in Umsetzung befindlichen Versprechen noch realisiert werden. Allerdings „frisst“ das kontinuierliche Wachstum von Bevölkerung und Wirtschaft die (erhofften und tatsächlichen) Verbesserungen im Mobilitätsbereich auf...

Nach Ansicht des Mouvement Ecologique gälte es vor allem noch weitaus konsequenter auf die sanfte Mobilität zu setzen, Kommunen auch hierbei verstärkt zu unterstützen sowie auch die Ausrichtung und Gestaltung der intermodalen Plattformen zu optimieren und mit den Nutzern zu besprechen .

Des Weiteren gilt es verstärkt dafür zu sorgen, dass ausreichend menschliche und finanzielle Ressourcen geschaffen werden, um neben den Infrastrukturen noch weitaus stärker in konkrete „sanfte“ Projekte investieren zu können, wie z.B. die Erstellung von qualitativ hochwertigen Mobilitätskonzepten für Betriebe.

Wobei diese positive Bilanz aber dadurch geschwächt wird, dass am Ausbau der A3 gearbeitet wird. Ein Projekt, das nach Ansicht des Mouvement Ecologique ein verkehrspolitischer Irrsinn ist, da erneut Gelder in den Ausbau des Straßennetzes investiert werden und keine grundlegende Verbesserung der Situation zu erwarten ist: Aus langen Staus werden breite, so die Situation in einem Satz zusammengefasst.

Großer Dissens bleibt ebenfalls, was die **Flughafenthematik** anbelangt. So wurde im Koalitionsabkommen eine Reduktion der Nachtflüge versprochen. Erfolgt ist hingegen eine Steigerung. Des Weiteren wurde die Erstellung von Lärmaktionsplänen im Koalitionsabkommen festgeschrieben. Zwar wurden Entwürfe in die öffentliche Prozedur gegeben, so wie es EU-Recht vorschreibt. Allerdings beruhten diese auf veralteten Zahlen und konkrete Maßnahmen wurden nur begrenzt vorgestellt. Das Ministerium wird in Kürze positiverweise neue aktuellere Berechnungen vorlegen. Weit entfernt sind wir dann aber noch von klaren Reduktionszielen der Lärmbelastung. Der Mouvement Ecologique erwartet von der Regierung, dass Grenzwerte festgelegt und konkrete Instrumente zum Erreichen dieser Ziele festgelegt werden.

- **Naturschutzpolitik: Eine gute Reform des Naturschutzgesetzes und konkrete Umsetzungspläne sind unerlässlich !**

Im Naturschutzbereich werden 7 Maßnahmen im Mecoskop angeführt, dabei wurde 1 nicht angegangen (Umsetzung der Convention de Florence), 2 sind in einer ersten Phase der Umsetzung, 3 weit fortgeschritten und 1 bereits umgesetzt.

Auf der Naturschutzebene ist hervorzuheben, dass Akzente im Sinne einer nachhaltigeren Waldwirtschaft gesetzt, Managementpläne für Natura2000-Gebiete erstellt und vor allem der nationale Aktionsplan Naturschutz überarbeitet wurde. Positiv zu bewerten sind die angegangene Neuaufteilung der Jagdreviere, die Bearbeitung der Abschusspläne sowie die Ausarbeitung des Managementplanes für den Wolf, wenn auch letzterer aus nachvollziehbaren Gründen nicht im Koalitionsabkommen auftaucht. Absolut begrüßenswert ist zudem, dass weiterhin das Jagdverbot auf den Fuchs und die allgemeine Jagdruhe in den 6 Frühlingswochen beibehalten wird.

Ein großes Manko stellt vor allem die noch immer ausstehende Reform des Naturschutzgesetzes dar! Bereits unter der vorherigen Regierung lag ein fertiger Entwurf eines Projektes vor. Die jetzige Regierung hat ein überarbeitetes, auch neu strukturiertes Projekt erstellt, das nun seit knapp einem Jahr vorliegt. Mit den Diskussionen in der Abgeordnetenversammlung soll nun, nach der erfolgten Vorlage des Gutachtens des Staatsrates, begonnen werden. Dabei ist aber fraglich, ob neben den Anmerkungen des Staatsrates auch weitere wichtige Anmerkungen – z.B. vom Syvicol, aber auch vom Mouvement Ecologique – aufgegriffen werden! Dabei sind Nachbesserungen auch aus der Sicht eines effizienten Naturschutzes in wesentlichen Bereichen (z.B. auch betreffend die Kompensationsmaßnahmen) nach Ansicht des Mouvement Ecologique unabdingbar.

Die zweite besonders relevante Herausforderung: Es ist positiv zu werten, dass endlich Aktionspläne im Naturschutzbereich (für den Schutz von Arten bzw. Lebensräumen) erstellt werden. Wenn jedoch die Rahmenbedingungen für deren Umsetzung nur begrenzt gegeben sind - so wie dies derzeit der Fall ist -, bleiben die besten Pläne lediglich Papiertiger. Das Ministerium muss unbedingt dafür sorgen, dass die Aktionspläne sowohl bei allen Naturschutzgenehmigungen berücksichtigt werden, als auch oberste Priorität bei der Naturschutzumsetzung von Staat und Gemeinden werden. Dazu sind die schon lange angekündigten Betreuer für die wichtigsten Art- und Habitatschutzpläne durch das Ministerium zu ernennen.

- **Energiepolitik: Klimaschutzziele werden weiterhin verfehlt, trotz einer Reihe von lobenswerten Initiativen und Projekten**

Die Energie- und Klimapolitik Luxemburgs wird von einem gewissen Widerspruch geprägt: Auf der einen Seite tut sich durchaus etwas: Die Regierung engagiert sich in Sachen Cattenom sowie gegen den europaweiten Ausbau der Atomkraft. Maßnahmen zur Effizienzsteigerung wurden voran gebracht, eine Klimabank geschaffen, Kooperativen im Bereich der Solarenergie gefördert (wenn auch aus Sicht u.a. von VotumKlima eine breitere Förderung sinnvoller gewesen wäre), die Windkraft ausgebaut. Auf EU-Ebene kann Luxemburg als wichtiger Akteur zur Steigerung der Klimaschutz-Ziele angesehen werden. Begrüßenswert ist ebenfalls, dass unter dieser Regierung endlich die seit langem erwartete Kosten-Nutzen-Analyse zum Tanktourismus vorgelegt wurde.

Diese Analyse spiegelt sich dann auch im Mecoskop wieder: von 21 versprochenen Maßnahmen sind deren nur 3 nicht angegangen, 4 in der ersten Umsetzungsphase, 10 im fortgeschrittenen Stadium und 4 integral umgesetzt.

Diese positive Tendenz der Mecoskop-Bilanz steht jedoch im Widerspruch zu den realen Anforderungen an Klimaschutz und den Ausbau bei erneuerbaren Energien respektive der Steigerung der Effizienz. Denn noch immer sind unsere CO₂-Emissionen pro Einwohner viel zu hoch - und der Anteil der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch viel zu niedrig. Insofern liegt es auf der Hand, dass diese Regierung, die sich immerhin dem Abkommen von Paris verpflichtet hat, in der ihr verbleibenden Zeit weitere, deutliche Akzente setzen und Initiativen ergreifen muss.

So z.B.

- **Die Evaluierung des zweiten nationalen Aktionsplanes Klimaschutz.** Dabei ist es unerlässlich die Hürden zu analysieren, die dazu führten, dass dieser Plan nur teilweise umgesetzt wurde. Zuerst müssen alle aktuellen Daten zu Energieverbrauch, Energieträgern und CO₂-Emissionen der einzelnen Sektoren (Haushalte, Industrie, Mobilität, Landwirtschaft...) auf den Tisch gelegt werden. Diese dienen als Basis für einen neuen 3. Nationalen Aktionsplan, der stärker mit konkreten Zielen und Instrumenten pro Sektor versehen werden muss;
- **Die Erstellung eines nationalen Aktionsplanes „Anpassung an den Klimawandel“, versehen mit konkreten Zielen und Instrumenten.** Die rezenten Entwicklungen - Starkregen, Erdbeben und Überschwemmungen, „Alerte orange“ betreffend die Wasserversorgung usw.- zeigen mehr denn je auf, wie wichtig ein derartiger Plan auch in Luxemburg ist;
- **Die Analyse, warum die bisherigen Energieeffizienzstrategien zu kurz griffen und (noch) nicht zu einer Reduktion des nationalen Energiebedarfs geführt haben, begleitet von einem Katalog von konkreten Instrumenten zur Verbesserung der Situation in allen Sektoren:** Dabei darf nicht ignoriert werden, dass mit der technischen Entwicklung zwar eine relative Entkoppelung des Energieverbrauchs vom Wirtschaftswachstum möglich, aber deswegen noch lange keine absolute Reduktion des Energieverbrauchs gewährleistet ist.
- **Eine weitaus stärkere Fokussierung auf den Mietsektor,** der bis dato in den Energiespar- und Energieeffizienzmaßnahmen sträflich vernachlässigt wurde; verstärkte Abschreibungsmöglichkeiten solcher Investitionen, wie eigentlich im Regierungsabkommen vorgesehen, wären immer noch sinnvoll, egal ob bei Immobilien aus dem Wohn- oder dem Gewerbebereich.

- **Eine Fortführung der Analyse zur Tanktourismusstudie:** Nachdem diese vorgelegt wurde, gilt es, wie von der Regierung versprochen, darzulegen, welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen es zu ziehen gilt; auch bei der Besteuerung von Firmenwagen hat diese Regierung erst einen kleinen Teil des Weges hin zur Förderung von CO₂- und abgasarmen PKWs zurückgelegt.
- **Die Erstellung von modellhaften Lastenheften für öffentliche Ausschreibungen,** die Energieaspekten eine oberste Priorität zugestehen;
- **Die detaillierte Analyse und die Erstellung von konkreten Vorschlägen, damit Gemeinden stärker als bis dato als Akteure im Energiesektor anerkannt werden.** In diesem Bereich gilt es noch offenstehende rechtliche Fragen zu klären, auch im Hinblick auf die Umsetzung der Rifkin-Strategie.
- **Landesplanung, Gemeindepolitik, Wohnungsbau und Wirtschaftswachstum:**

Von den 4 im Mecoskop genannten Versprechen in Sachen „Gemeindepolitik“ wurde eine wichtige Maßnahme dieser Regierung umgesetzt, und zwar die Durchführung der Gemeindefinanzreform. 2 befinden sich in der ersten bzw. 1 in der zweiten Phase der Umsetzung.

Dass die Reform der Gemeindefinanzen erfolgte, ist absolut begrüßenswert, immerhin wurde sie von mehreren Vorgängerregierungen ebenfalls versprochen und nicht angegangen. Inwiefern sie auch landesplanerischen Zielen gerecht wird, muss mit 2-3 Jahren Distanz ausgewertet werden. Problematisch ist, dass nicht mehr getan wurde, um eine Neuaufteilung der Arbeiten zwischen Staat und Gemeinden voranzutreiben, diese wäre sogar eine wichtige Basis für die Gemeindefinanzreform gewesen. Leider wird das Ministerium ebenfalls nicht ausreichend aktiv, so wie es eigentlich versprochen wurde, damit BürgerInnen verstärkt in Planungsprozesse einbezogen werden.

Auf der Ebene des Wohnungsbaus wurde von den 6 genannten Maßnahmen eine nicht angegangen (die Reform der Grundsteuer) und 5 befinden sich in der ersten Phase der Umsetzung. Die Reform der Grundsteuer wäre in aller Hinsicht von großer Bedeutung, u.a. um Landesplanungskriterien mit Leben zu füllen sowie die Mobilisierung von Bauland und leerstehenden Häusern voranzutreiben. Denn gerade auch hier gibt es Defizite. Diese Regierung wurde noch nicht ausreichend aktiv, um die Mobilisierung von Bauland voranzutreiben. Ebenfalls vermisst wird eine wirklich stärkere Verantwortung der Regierung / des Wohnungsbauministeriums im Wohnungsbaubereich, was wohl auch – zumindest z.T. – auf Probleme im „Fonds du logement“ zurückzuführen ist.

Auf der Ebene der Landesplanung befinden sich von den 8 angeführten Versprechen 6 in der ersten Umsetzungsphase, 1 in einer fortgeschrittenen Phase der Umsetzung sowie eines ist gänzlich umgesetzt. Hier liegt sicherlich ein zentrales Problem darin, dass quasi während der gesamten Legislaturperiode die unerlässliche Überarbeitung des Landesplanungsgesetzes diverse andere Arbeiten z.T. blockierte, da es hierzu an der gesetzlichen Basis fehlte.... So wird auf die überarbeiteten Entwürfe der sektoriellen Pläne der Landesplanung gewartet, die doch in weiten Teilen essentiell sind, um so manches Versprechen der Regierung umsetzen zu können (wie z.B. die Förderung der zentralen Orte, die Vorschriften zur besseren Anbindung von neuem Wohnraum an den öffentlichen Transport). Mit den Naturparks geht es voran; obwohl vieles zu tun bleibt, spürt man doch zum Teil eine neue Dynamik.

Was die Wirtschaftspolitik betrifft, so befinden sich von den genannten 5 Versprechen jeweils 2 in der ersten und zweiten Phase der Umsetzung, das „PIB du bien être“ wurde umgesetzt. Im Tourismusbereich erfolgt sonder Zweifel deutlich mehr, als unter vorherigen Regierungen, auch ist die Schaffung von Wirtschafts-Clustern im Bereich der nachhaltigen Entwicklung in die Wege geleitet worden, und somit wird auch verstärkt an der Schaffung von „green jobs“ gearbeitet.

Der Mouvement Ecologique erwartet in diesen zentralen Politikbereichen in der verbleibenden Zeit der Legislaturperiode vor allem noch folgende Initiativen:

- Eine Debatte über die Ergebnisse des "PIB du bien-être muss in die Wege geleitet werden sowie sichergestellt sein, dass das „PIB du bien être“ auch den Stellenwert erhält – z.B. im Rahmen der Debatten zum Bruttonationalprodukt – das ihm zusteht.
- Die begonnenen Cluster, u.a. auch jenes betreffend die Holzverarbeitung „Wood cluster“ in Luxemburg, müssen weiter vorangetrieben und erste Resultate offen gelegt werden.
- Was die Mobilisierung von Bauland anbelangt, so ist eine konsequentere Strategie mit sehr konkreten Maßnahmen weiterhin geboten, wobei eine absolute Priorität auf die Mobilisierung innerhalb der bestehenden Bauperimeter liegen muss.
- Es wird unter dieser Regierung keine Reform der Grundsteuer mehr geben. Allerdings wäre es die Aufgabe dieser Regierung und dabei vor allem des Innen- und des Finanzministers, Modelle der Reform der Grundsteuer vorzulegen (auch öffentlich), damit Vorarbeiten für die kommende Regierung geleistet werden und diese „nicht bei null anfangen“ muss.
- Gleiches gilt für die (Neu-)Aufteilung der Aufgaben zwischen Staat und Gemeinden, die seit langem vorliegen müssten. Diese Neuaufteilung ist die Grundlage für eine Bewertung der Umsetzung der Gemeindefinanzreform, aber auch zur Festlegung von spezifischen Subventionen für Gemeinden / Regionen sowie die Überarbeitung von Gesetzestexten.
- Bei einer Debatte über die Entwicklung der verschiedenen Naturparke wurde entschieden, Indikatoren für die Entwicklung der Naturparke festzuschreiben. D.h. einerseits gemeinsam - Staat, Gemeinden, Akteure der Gesellschaft - festzulegen, welche Indikatoren relevant für die Entwicklung eines Naturparkes sind und daraufhin klare damit verbundene Ziele (Regionalentwicklung, Natur- und Landschaftsschutz) festzuschreiben. Die Umsetzung dieser Entscheidung, die bereits zwei Jahre alt ist, müsste unbedingt in dieser Legislaturperiode erfolgen.
- **Landwirtschaft: die so dringend erforderlichen Fortschritte im Sinne einer umweltverträglichen Ausrichtung bleiben aus!**

Große Defizite gibt es auf der Ebene der Landwirtschaftspolitik. Vor allem wurde verpasst, die sowohl aus der Sicht der Landwirtschaft selbst als auch auf Grund der gesellschaftlichen Bedürfnisse (Erhalt der Böden, Biodiversität, Wasserqualität sowie Produktion qualitativ hochwertiger Lebensmittel) notwendige Structureformen in die Wege zu leiten. Dabei ist es unerlässlich, die Luxemburger Landwirtschaftspolitik unabhängiger vom globalisierten Markt zu gestalten sowie Maßnahmen zum Erhalt der in Luxemburg noch recht kleinräumig und zu einem großen Teil noch familiär betriebenen

Landwirtschaft sicherzustellen. Leider wurde(n) jedoch von den 15 im Koalitionsabkommen befindlichen Versprechen nur 1 gänzlich umgesetzt, 3 befinden sich in einer fortgeschrittenen Phase der Umsetzung, 9 in einer Anfangsphase und 2 zentrale Versprechen wurden nicht angegangen (Schaffung eines Kompetenzzentrums sowie Überarbeitung des Flurbereinigungsgesetzes).

Dabei muss erwähnt werden, dass es sich beim genannten gänzlich umgesetzten Versprechen um die auf EU-Ebene vorgeschriebene Umsetzung des Planes für ländliche Entwicklung handelt, die zudem nach Ansicht des Mouvement Ecologique auf äußerst unzufriedenstellende Art und Weise erfolgte.

Die vom Mouvement Ecologique im Folgenden angeführten Forderungen für die verbleibende Mandatszeit entsprechen den im Rahmen des Koalitionsabkommen kaum angegangenen Versprechen:

- **Luxemburgs Landwirtschaft braucht ein Mehr an strategischer Voraussicht und an Kompetenzen. Insofern war es begrüßenswert, dass im Koalitionsabkommen die Schaffung eines Kompetenzzentrums festgeschrieben war. Diesbezüglich nach außen erkennbare Initiativen des Landwirtschaftsministeriums wurden aber nicht ergriffen. Noch in dieser Legislaturperiode – und dies ist die Verantwortung der gesamten Regierung – müssen unbedingt die zentralen Eckwerte eines neu zu gründenden Kompetenzzentrums offen gelegt werden. Diese Strukturen müssen mit allen Akteuren – also nicht nur jenen der Landwirtschaft – besprochen werden.**
- **Eine „midterm-review“ des Planes für ländliche Entwicklung - auch wenn sie nicht seitens der EU gefordert wäre und ausschließlich zur Analyse in Luxemburg genutzt werden würde - ist unerlässlich. Dabei soll ein Fokus darauf gelegt werden, inwiefern Naturschutz sowie Wasserschutz und Landwirtschaft zusammengeführt werden können.**
- **Ein überarbeiteter Aktionsplan Pestizide ist umgehend vorzulegen und nach einem Austausch mit allen Akteuren zu validieren. Dabei gilt es sowohl konkrete Indikatoren für die zukünftige Entwicklung festzulegen, als auch klare Ziele und Instrumente zu benennen.**
- **Die Struktur eines Zukunftsforums Landwirtschaft, Naturschutz und Verbraucher muss, so wie im Koalitionsabkommen versprochen, entwickelt und offen gelegt werden.**
- **Die Reform des Tierschutzgesetzes muss in dieser Legislaturperiode erfolgen, wobei tiefgreifende Verbesserungen am Reformtext notwendig sind.**
- **Die Reform des Flurbereinigungsgesetzes war de facto beschlossene Sache und müsste kurzfristig erfolgen.**
- **Das Gesetzesprojekt zur Zertifizierung von Lebensmitteln muss überarbeitet werden, damit auch die wirklich relevanten Kriterien der Lebensmittelproduktion für die Biodiversität sowie die Gesundheit Berücksichtigung finden. Einhergehen muss diese Reform mit einer Reduktion der Vielfalt an bestehenden Labels sowie einem Lastenheft zur Verwendung dieser Lebensmittel in öffentlichen Strukturen und einem Bekenntnis der Regierung, vor allem auf diese zurückgreifen zu wollen.**
- **Die seit langem überfällige Förderung des Biolandbaus gilt es mit doppelter Schlagkraft voranzutreiben, ebenso wie den Ausbau der Gemüse- und Obstproduktion. Ansonsten verfehlt Luxemburg weiterhin in flagrantem Ausmaß jedwede Reduktionsziele.**

- **Eine Reihe umweltpolitischer Initiativen wurden ergriffen, konkrete Umsetzungen stehen noch z.T. aus!**

Die Zwischenbilanz im Umweltbereich ist etwas zwiespältig. Es wurden weitergehende Initiativen ergriffen, als in den vergangenen Legislaturperioden. Die Reform der Umweltverwaltung, die durchgeführt wurde, ist begrüßenswert und war seit langem überfällig. Wobei sich jedoch eine erste Evaluierung, inwiefern die Reform die erwarteten Resultate erzielen konnte, aufdrängen würde.

So manches wurde darüber hinaus angestoßen, wie z.B. die Strategie zur Minderung der Luftverschmutzung, Aktionspläne zur Reduktion der Lärmbelastung (wenn auch unzufriedenstellend, da z.T. auf alten Daten beruhend und rein begrenzt auf sehr große Infrastrukturprojekte sowie fehlende konkrete Instrumente zur Reduktion der Lärmbelastung).

Ein Gesetzesprojekt zur Reform der Impactstudien, dessen Erstellung wohl recht kompliziert war, wurde zwar vorgelegt, jedoch erst 2017, so dass die Chancen der Umsetzung leider recht gering sind. Eine gewisse Reform der Genehmigungsklassen des Kommodo-Gesetzes wurde durchgeführt, verstärkte darüberhinaus gehende Initiativen betreffend die Betriebsgenehmigungen (z.B. eine Strategie zur systematischen Überarbeitung der veralteten Genehmigungen, eine offensive Beratung der Betriebe usw.) erfolgt jedoch noch nicht im notwendigen Ausmaß. Es ist aber positiv, dass im Rahmen der „simplification administrative“ ein online-Kommodo-Antrag (e-formulaire-commodo) für Betriebe eingeführt wurde.

Dabei kann man leider noch nicht behaupten, dass es dieser Regierung bis dato gelang, einer verbesserten präventiven Umweltschutzpolitik zum Durchbruch zu verhelfen. Manches wurde angestoßen, aber konkrete Umsetzungsergebnisse fehlen noch. Von den 13 im Mecoskop genannten Maßnahmen befinden sich letztlich 9 in der ersten Phase der Umsetzungen.

Der Mouvement Ecologique erwartet, dass

- eine erste **Evaluierung** durchgeführt wird, inwiefern die **Reform der Umweltverwaltung** die erwünschten Resultate brachte und welche **Nachbesserungen ggf. notwendig sind**;
- eine Verabschiedung eines **Aktionsplanes zur Reduktion der Lichtverschmutzung**, verbunden auch ggf. mit Verbesserungen auf legislativer Ebene, erfolgt;
- eine **reelle Strategie zur Reduktion der Lärm- und Luftbelastung** verabschiedet wird, verbunden mit kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen. Luxemburg darf sich dabei nicht zufrieden geben, die EU-Ziele zu respektieren, da diese für unser Land eher unangepasst sind und sich z.T. an Großstädten mit Millionen-Einwohnern orientieren. Luxemburg muss alles mögliche unternehmen, um den bestmöglichen Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten;
- eine Durchführung der so wichtigen **Reform des Umweltfonds** erfolgt, damit Gelder verstärkt nach Kriterien der nachhaltigen Entwicklung verteilt werden;
- ein **Aktionsplan mit Prioritäten Sanierung von Altlasten** erstellt wird (und nicht lediglich eine Erfassung der Problematik).

- **Wasserwirtschaft – wesentliche Verbesserungen wurden in die Wege geleitet, aber vieles bleibt zu tun.**

Indem die Wasserwirtschaft vom Innenministerium ins Umweltministerium übertragen wurde, wurde ein sehr wesentlicher Fortschritt erreicht, auch die finanziellen und personellen Mittel wurden aufgestockt. Parallel stieg der Stellenwert der Wasserwirtschaftspolitik unter dieser Regierung. Insofern kann der Mouvement Ecologique wichtige Entwicklungen begrüßen. Auch wird tatkräftig an der Umsetzung der Ausweisung der Trinkwasserschutzgebiete gearbeitet, die in den vorhergehenden Legislaturperioden brach lag.

So befinden sich dann auch von den 4 im Mecoskop aufgenommenen Maßnahmen 2 in der ersten Phase der Umsetzung und 2 in der fortgeschrittenen.

Der Fokus muss nunmehr unbedingt darauf gelegt werden,

- die **menschlichen und finanziellen Ressourcen** weiter auszubauen sowie an der **Umsetzung der Trinkwasserschutzgebiete** zu arbeiten;
- die **Umsetzung des Rahmenwirtschaftsplanes** konsequent voran zu treiben;
- die **Kooperation mit der Landwirtschaft** auszubauen.

Grundsätzliche Einschätzung der Regierungsarbeit: Wéi e Zukunftsmodell Lëtzebuerg?

Ein Gradmesser für die Glaubwürdigkeit der Regierungsarbeit besteht darin, zu überprüfen, inwiefern sie ihren selbstgesteckten Versprechen und Zielen gerecht wird. Deshalb hat der Mouvement Ecologique das „Mecoskop“ ins Leben gerufen.

Darüber hinaus ist es angebracht, im Rahmen einer generellen Bewertung der Regierungsarbeit - bzw. der Erstellung von Anregungen für die Prioritäten in den verbleibenden Monaten dieser Legislaturperiode - die Regierungsarbeit aus grundsätzlicher Sicht zu kommentieren.

Obwohl sich diese Regierung, was die Umsetzung der gemachten Versprechen im Mecoskop betrifft, bis dato nicht verstecken muss (umso mehr wenn sie in den kommenden Monaten noch aktiv an der weiteren Umsetzung arbeitet), ist die Gesamtbilanz aus Sicht der nachhaltigen Entwicklung doch recht zweideutig:

Es besteht der dringende Bedarf, unser Land fit für die wirklichen Zukunftsherausforderungen zu gestalten:

- **Es bleibt weiterhin eine unumstößliche Tatsache, dass Luxemburg weit über seine Verhältnisse lebt, was seinen ökologischen Fußabdruck anbelangt, was u.a. den Rückgang der Biodiversität oder das Nicht-Erreichen der Klimaziele betrifft,** unser Gesellschaftsmodell frisst seine Ressourcen auf. Ein nachhaltiges Zukunftsmodell Luxemburg muss den Grenzen der Oekosysteme Rechnung tragen!
- **Der (an sich schwammige) Begriff des „qualitativen Wachstums“ wird nun schon fast inflationnär von der Regierung als DIE Lösung gepriesen. Leider wird verpasst, auch nur annähernd zu definieren, was sie darunter versteht.** Mit gutem Grund hinterfragt deshalb z.B. der Mouvement Ecologique, ob das Google-Projekt sowie eine griechische Yoghurt Fabrik tatsächlich eine nachhaltige Wachstums-Vision darstellen! Inwiefern verschärfen nicht gerade solche Projekte Probleme (Ressourcenverbrauch, Energieverbrauch, Mobilitätsprobleme...) ? Inwiefern stellt auch z.B. das Google-Projekt angesichts der Besteuerungsproblematik der Internetkonzerne nicht eher eine neue Tanktourismusrnische dar, welche mittel- und langfristige Einnahmen sind für unser Land zu erwarten?
- **Dabei wird das Wachstumsdogma immer wieder mit der Notwendigkeit der Finanzierung des Sozialsystems argumentiert. Die Debatte, wie unser Sozialsystem sichergestellt werden kann, ist in der Tat absolut überfällig.** Aber: Die Antwort liegt nicht in der verkürzten und de facto irreellen „Lösung“ des Wachstumszwangs **von 3-4% jährlich**. Die Befürworter eines wie auch immer gearteten Wachstumsmodells „greifen“ zwar gerne diejenigen an, die dieses Modell hinterfragen. Dies, indem sie behaupten, ohne Wachstum wäre die Finanzierung des Sozialsystems nicht sichergestellt. Dabei weiss wohl auch der schärfste und fervernteste Wachstumsbefürworter, dass irgendwann das Ende der Fahnenstange des Wachstumsmodells erreicht sein wird, dass wir kaum noch über 10 – 20 Jahre in dem Ausmaß anwachsen können. Das wissen zahlreiche BürgerInnen und sie erwarten sich langfristige ehrliche Antworten oder zumindest eine offene Debatte....

Und außerdem: Gewusst ist ebenfalls, dass ein stetes Wachstum mit erheblichen Kosten

verbunden ist. Neben den direkten Infrastrukturkosten, auch die „externen“ Kosten: Landverbrauch, Biodiversitätsverlust usw. Ist diese Finanzierung nachhaltig sichergestellt?

Warum scheut diese Regierung deshalb davor zurück, ehrlich über andere bzw. komplementäre Finanzierungsmodelle nachzudenken: Warum z.B. wird nicht endlich mit Entschlossenheit die nachhaltige Steuerreform angegangen, die mittels einer Besteuerung des Ressourcenverbrauchs und der Umweltbelastung, der Spekulation und des Kapitals verstärkt zu Finanzierung des Sozialsystems beitragen könnte und dabei zudem die Belastung des Faktors „Arbeit“ (den derzeit am stärksten belasteten Faktor) mindern könnte?!?

Welche Ideologie versteckt sich dahinter, dass diese fundamentale Fragestellung, die eh auf unser Land zukommt, *jetzt* nicht angegangen wird, sondern den *zukünftigen* Generationen überlassen werden soll. Letztlich werden diese (zusätzlich) die - durch die Wachstumslogik - von uns verantworteten entstandenen Problemen bewältigen müssen...

- **Deshalb muss ebenfalls dringend eine öffentliche Auseinandersetzung darüber erfolgen, wie unser Wirtschaftsstandort von morgen aussehen soll**, auch angesichts des Verlustes im Tanktourismussektor, der Fragilität des Bankensektors.... Eine solche Debatte kann und darf nicht allein dem Wirtschaftssektor oder von diesem finanzierten „Denkfabriken“ überlassen bleiben und sich nicht auf Floskeln wie „qualitatives Wachstum“ begrenzen.
- **Weitaus offensiverer müssten auch die Hemmschwellen einer zukunftsorientierteren Politikgestaltung benannt werden, z.B. jene die einer Lösung des Wohnungsbauproblems im Wege stehen:** Dass in diesem Bereich kein Durchbruch zu verzeichnen ist, liegt sicherlich an vielen konkreten Einzelfaktoren. Vor allem auch daran, dass sich gescheut wird, gesellschaftliche Spannungsfelder und Herausforderungen anzugehen: Welcher Stellenwert kommt dem Privateigentum zu? Welche Eingriffe im Sinne des Allgemeinwohls sind erforderlich und zumutbar? Wie definieren wir das „Recht auf Wohnen“? Weshalb gelingt es, trotz vieler Anstrengungen, nicht, ausgewiesene und verfügbare Siedlungsgebiete zu mobilisieren? Insgesamt Fragestellungen, die nicht oder nur begrenzt angegangen werden und doch prägend sind für die derzeit beschämende Situation im Wohnungsbereich!
- **Die realen Perspektiven der Mobilitätsentwicklung, in der Folge der – rezent laut STATEC - prognostizierten Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung, sollten offen dargelegt werden: Bei allem Respekt für die äußerst konsequente Investitionen in die Infrastrukturen des öffentlichen Transportes und der sanften Mobilität:** So wirklich glaubt wohl keiner daran, dass sie ausreichend sind, um die Verkehrsprobleme zu lösen, schon gar nicht, ob der zu erwartenden massiven weiteren Steigerung an Arbeitsplätzen und EinwohnerInnen. Was bedeutet mittelfristig die Prognose der Bevölkerungsentwicklung für die Mobilitätsplanung? Wir laufen Gefahr, dass die Mobilität letztlich zur Achillesferse des Standortes Luxemburg wird und zu einer akuten Gefährdung unserer aktuellen Lebensqualität.
- **Nach dem Referendumsergebnis zu Beginn der Legislaturperiode, sollte endlich eine Debatte geführt werden, wie unser Gesellschaftsmodell demokratischer ausgerichtet werden kann.** Die Problematik der zahlreichen nicht am demokratischen Gestaltungsprozess beteiligten Nicht-Luxemburger MitbürgerInnen wurde nicht geklärt und schwelt aber trotzdem unterschwellig weiter. Generell wurden nicht ausreichende strukturelle

Verbesserung zur verstärkten Bürgerbeteiligung getroffen. Auch die so dringend gebotene politische Bildung wird nicht mit der notwendigen Schlagkraft vorangebracht.

Trotz des Aufgreifens von so manchem Regierungsversprechen wurde demnach weiterhin die Frage nicht reell angegangen, welches Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell angestrebt werden soll und die tieferliegenden grundsätzlicheren Fragestellungen wurden nur begrenzt angegangen - zentrale Weichenstellungen für die Entwicklung nicht ergriffen!

Wir sind jedoch der Überzeugung, dass mehr und mehr Menschen bewusst wird, dass wir eine grundsätzlichere derartige Transition unserer Gesellschaft brauchen und gerade diese Vision auch von der Politik erwarten, bzw. gemeinsam mit der Politik gestalten wollen. Und dass mehr und mehr Menschen die einzelnen isolierten Initiativen nicht mehr ausreichen....

Exkurs: Der Rifkin-Prozess: Diskrepanz zwischen tatsächlicher Arbeit und dem offiziellen Diskurs

Zum Teil wurde vielleicht der Eindruck erweckt, der Rifkin-Prozess würde die Rolle einer grundsätzlichen Debatte über ein Zukunftsmodell für Luxemburg übernehmen.... Dies ist jedoch bei weitem nicht der Fall! Einerseits steht bei Rifkin der Umgang mit der Digitalisierung besonders im Fokus. Andererseits ist es eine Tatsache, dass in den Rifkin-Arbeitsgruppen vor allem technische konkrete Fragestellungen bearbeitet wurden.

Rifkin wurde zwar in der Öffentlichkeit – und auch in der rezenten Vorstellung im großen Theater - als DIE ZUKUNFTSDEBATTE für unser Land dargestellt.

Fakt ist aber: diese Themen wurden bis dato nicht oder nur am Rande in Arbeitsgruppen oder aber im „comité de suivi“ behandelt. Hier wird demnach nach außen vermittelt es würde eine tiefgreifende Debatte stattfinden– de facto fand diese aber bis dato noch in keinsten Form in einem strukturierten Rahmen statt.

In wiefern die angekündigte Debatte im Rahmen der Landesplanung diesen Anspruch erfüllen kann, ist unklar.

„Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“: dieser Satz gilt auch für die Zukunftsplanung unseres Landes!